Projektbeschreibung des Modellprojektes „Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden“

Zuwendungsempfänger*in: Amadeu Antonio Stiftung und lokale Träger*innen

Gefördert durch: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

Projektlaufzeit: 01.01.2023 – 31.12.2025

Konzept

„Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden“ ist ein Modellprojekt der Amadeu Antonio Stiftung. Das Team arbeitet mit Gedenkinitiativen Überlebender und Hinterbliebener rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und antiziganistischer Anschläge nach 1945 zusammen. Dabei stehen das Bemühen und die Kämpfe der Initiativen um die Anerkennung der Taten, der Missstände während des Aufklärungsprozesses und des gesamtgesellschaftlichen Problems von rechtsextremer Gewalt, Rassismus und Antisemitismus sowie struktureller Diskriminierung im Fokus.

Im Rahmen dessen sollen Räume für Trauer, die Aufarbeitung von Traumata und entsprechende Coping-Strategien geschaffen und gefördert werden. Zentraler Bestandteil ist dabei die Unterstützung und Förderung des internen, als auch des externen Gedenkens an die Opfer. Die Unterstützung des Modellprojekts erfolgt vorrangig durch die Weiterleitung finanzieller Mittel aus dem Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus. Darüber hinaus bietet das Modellprojekt den geförderten Initiativen unter anderem unterstützende Hilfe bei aufkommenden verwaltungstechnischen Aufgaben an und stellt Capacity-Building-Angebote zur Verfügung.

Die Amadeu Antonio Stiftung nimmt in diesem Prozess eine koordinierende und begleitende Rolle ein. Die Unterstützung und die Bedarfe von Angehörigen oder Überlebenden und deren Arbeit stehen dabei immer im Fokus.

Das Modellprojekt strebt danach, die bereits bestehende Vernetzung von Betroffenen, Überlebenden und Angehörigen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt durch eigene Ressourcen zu unterstützen. Es möchte den bereits bestehenden Austausch und die Vernetzung der Initiativen intensivieren, um ihre geeinte Stimmgewalt zu stärken und den Zugang zu Ressourcen zu verstetigen. Weiterbildungsmaßnahmen und Kompetenztrainings für Mitarbeitende und Ehrenamtliche werden ermöglicht und gefördert.

Das Modellprojekt gliedert sich demnach in zwei Förderschwerpunkte: die Förderung lokaler Initiativen und ihrer Arbeit sowie die Unterstützung der Vernetzung der verschiedenen Gedenkinitiativen.

Das übergeordnete Ziel soll sein, die Sichtbarkeit der Betroffeneninitiativen, sowie ihrer Netzwerkarbeit zu erhöhen und ihre Selbstorganisation zu unterstützen. Die Initiativen sollen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus gestärkt werden. Insbesondere die Bildungsarbeit, zum Beispiel die Erarbeitung von Arbeits- oder Bildungsmaterialien, wird gefördert.

Das Modellprojekt möchte nachhaltige Strukturen schaffen und unterstützen, um die Gedenkarbeit im lokalen Umfeld zu verankern. Hierfür sollen Zugänge und Möglichkeiten zur selbstständigen Finanzierung geschaffen werden. Die einzelnen Initiativen werden als nachhaltige Multiplikatoren verstanden, die in größere Gedenkkontexte hineinwirken können. Gleichzeitig soll durch die Netzwerkarbeit und die erhöhte Sichtbarkeit das Wirken in Gesellschaft und Politik sowie die Teilhabe an Diskurse verstärkt werden.

Hintergrund

Schwarze Menschen, People of Colour, migrantisierte Menschen, Sintizze und Romn*ja, Muslim*innen sowie Juden und Jüdinnen sind in den letzten Jahrzehnten immer wieder Opfer von rassistischen und antisemitischen Anschlägen geworden – von Solingen und Rostock-Lichtenhagen über München, Halle und Hanau bis hin zu Köln und Kassel.

Die Betroffenen und Angehörigen ringen nicht nur um Sichtbarkeit und Anerkennung ihrer Lage, sondern auch um die Bewältigung des gesamtgesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Problems von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. In vielen Orten haben sich daher in den letzten Jahren immer mehr Überlebende, Hinterbliebene rassistischer, antiziganistischer und antisemitischer Anschläge sowie Unterstützer*innen in Initiativen zusammengeschlossen.

Die Form ihres Erinnerns an das Erfahrene bestimmen die Betroffenen selbst. Viele trauern gemeinsam, gedenken der Opfer und entwickeln Coping-Strategien zum Umgang mit ihren Erfahrungen. Sie machen mit Gedenkveranstaltungen und Aktionen auf die Gewalt und ihre Opfer aufmerksam und wirken so in Politik und Gesellschaft hinein. Manche der Gruppen entscheiden sich für ein öffentliches und sichtbares Gedenken. Anderen sind interne Verarbeitungsprozesse und Auseinandersetzungen wichtiger. Einige verstehen ihre Gedenkarbeit auch explizit als Interventionen in die jeweilige Stadtlandschaft sowie Gesellschaft hinein und fordern politische Konsequenzen.

Einige der Initiativen haben sich zum Ziel gesetzt, Bildungsveranstaltungen zu den Themen rechtsextreme Gewalt, Rassismus und Antisemitismus sowie struktureller Diskriminierung aus der Perspektive von Betroffenen zu entwickeln oder führen diese bereits durch. Einige der Initiativen arbeiten seit Jahren, andere stehen erst am Anfang.

Was die Arbeit der Betroffeneninitiativen so einzigartig macht, zieht allerdings oft Probleme struktureller Art nach sich. Als mehr oder weniger spontane Zusammenschlüsse von teilweise gesellschaftlich Marginalisierten fehlt es den Gruppen meist an Ressourcen wie verlässlichen Finanzmitteln und Räumen für ihre Arbeit, aber teils auch Organisationserfahrung, Kompetenzen, Kontakten zu lokaler Verwaltung oder institutioneller Anbindung. Die Lücke in der Förderlandschaft erschwert es den Initiativen, die notwendige Unterstützung für ihre Arbeit zu erhalten und ihre Forderungen zu verfolgen. Genau an diesem Problempunkt möchte das Modellprojekt mit seiner Unterstützung ansetzen.

Zusätzlich treffen sich viele dieser Initiativen seit 2022 regelmäßig, um sich gegenseitig zu unterstützen und eine gemeinsame, hörbare Stimme der Betroffenen zu bilden. Das Netzwerk fungiert als zentrale Anlaufstelle für Angehörige, Betroffene und Überlebende, wo sie nicht nur gegenseitige Unterstützung, sondern auch Empowerment und Stärkung erfahren, da sie sich in einer Gemeinschaft von Menschen wiederfinden, die ähnliche Traumata erleben mussten. Gemeinsam können sie sich mit relevanten Themen auseinandersetzen, Forderungen entwickeln und als kollektive Stimme in der Öffentlichkeit auftreten. Durch diese vernetzte Zusammenarbeit stärken sie sowohl ihre individuelle als auch ihre kollektive Resilienz. Die Sichtbarmachung der Initiativen, ihrer Arbeit, ihrer Forderungen und ihrer Bedarfe führte nicht zuletzt auch zur Unterstützung durch die Beauftragte für Antirassismus und finanziellen Förderung des Modellprojektes.

Als Formen der Selbstorganisation von migrantisierten oder von Diskriminierung betroffenen Personen, die sich zur Verarbeitung konkreter traumatischer Angriffe anlassbezogen zusammenfinden, sind sie einzigartig. Ihre Gedenk- und Bildungsarbeit wirkt sowohl in ihrem lokalen Umfeld, ist aber darüber hinaus wegweisend für einen dringend benötigten angemessenen Umgang mit dem gesamtgesellschaftlichen Problem Hassgewalt.

Ziele

Das Modellprojekt „Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden“ verfolgt folgende Ziele, um die Arbeit der Initiativen nachhaltig zu unterstützen:

1. Sichtbarkeit erhöhen

Ein zentrales Anliegen des Projekts ist es, die Sichtbarkeit der Gedenkinitiativen und ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit zu steigern. Die Überlebenden und Hinterbliebenen rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Anschläge kämpfen nicht nur mit der persönlichen Verarbeitung der erlebten Gewalt, sondern auch um gesellschaftliche Anerkennung ihrer Situation. Ihre Bildungs- und Gedenkarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung einer vielfältigen Gesellschaft und einer demokratischen Gedenkkultur. Das Modellprojekt unterstützt sie dabei, ihre Positionen und Anliegen breiter sichtbar zu machen und so einen Kulturwandel hin zu einer inklusiven Erinnerungskultur voranzutreiben.

2. Capacity Building

Für die Ermöglichung des langfristigen und nachhaltigen Engagements könnte die Professionalisierung von Personal und Strukturen für viele dieser Initiativen von entscheidender Bedeutung sein. Capacity Building zielt darauf ab, die Fähigkeiten, Ressourcen und Strukturen der geförderten Initiativen zu stärken, um ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit zu verbessern.

3. Vernetzung

Die Förderung des Solidaritätsnetzwerks der Betroffeneninitiativen ist ein weiteres zentrales Ziel des Projekts. Durch regelmäßige Netzwerktreffen wird der Erfahrungsaustausch zwischen den Initiativen intensiviert, gemeinsame Herausforderungen werden diskutiert, und Best-Practice-Ansätze können geteilt werden. Diese Vernetzung stärkt nicht nur die Verbindung zwischen den Akteuren, sondern ermöglicht es ihnen auch, mit einer geeinten Stimme in der Öffentlichkeit aufzutreten. Darüber hinaus strebt das Modellprojekt an, die Vernetzung mit lokalen, regionalen und überregionalen Entscheidungsträger*innen und Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft zu fördern.

4. Austausch und Empowerment

Betroffene benötigen Orte, an denen sie sich austauschen können, sei es über ihre Erfahrungen mit den Gewalttaten und den Folgen oder über andere Themen. Diese 'safer spaces' sind Orte, an denen sie sich sicher fühlen und Ideen entwickeln könnten, wie sie mit ihren Erfahrungen umgehen können. Die Schaffung und Unterstützung solcher Räume ermöglicht es Überlebenden und Hinterbliebenen, ihre Empowerment-Prozesse nachhaltig zu stärken und substantiell für ihre Rechte und Interessen einzutreten, anstatt ausschließlich als Opfer betrachtet zu werden.

5. Selbstbestimmt Erinnern und aktives Gedenken

Ein zentrales Element der Arbeit der im Projekt vereinten Initiativen ist ihre Autonomie. Sie haben sich bewusst dazu entschieden, selbst gewählte und ins Leben gerufene Wege zu finden, um mit den traumatischen Erfahrungen umzugehen – nicht nur im privaten Raum, sondern auch aktiv und mit Blick auf die Öffentlichkeit. Das Modellprojekt hat das Ziel, diese Eigenständigkeit zu bewahren und zu fördern und die Initiativen in der selbstbestimmten Durchführung von Gedenkveranstaltungen und -aktionen zu unterstützen.

6. Bildungsangebote entwickeln

Einige Initiativen haben es sich zum Ziel gesetzt, Bildungsveranstaltungen zu rechter Gewalt aus der Perspektive der Betroffenen zu konzipieren oder bereits durchzuführen. Dabei will das Modellprojekt unterstützen. Die Bildungsarbeit zu Themen wie rechte Gewalt, alltäglicher Rassismus, Antisemitismus und struktureller Rassismus aus der Sicht unmittelbar Betroffener ist dabei einzigartig und modellhaft.

Maßnahmen

Basierend auf den bereits genannten Projektzielen ergeben sich die folgenden Maßnahmen. Die hier ausgeführten Maßnahmen basieren auf Überlegungen und auch Gespräche mit einigen Initiativen in 2022. Nach dem abgeschlossenen Auswahlprozess und erfolgten Bedarfsanalysen in der ersten Projektphase wurden sie 2023 weiter konkretisiert und mit der Zuwendungsgeberin abgestimmt.

1. Personelle Stärkung

Das Projekt stellt Fördermittel für hauptamtliche Stellen bereit, um den Initiativen eine stabile Grundlage für ihre Arbeit zu bieten. Dadurch kann geholfen werden interne Prozesse zu professionalisieren, Veranstaltungen strategisch zu planen und neue Projekte eigenverantwortlich umzusetzen. Im Rahmen eines moderierten und partizipativen Prozesses werden die Initiativen in das Projekt eingebunden und können mitbestimmen, mit welchen Schwerpunkten und in welcher Form sie unterstützt werden möchten. Dieser Ansatz entspricht dem Selbstbestimmungs- und dem Empowermentgedanken des Modellprojektes.

2. Infrastruktur- und Ressourcenunterstützung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Unterstützung durch das Modellprojekt ist die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Verbesserung der Infrastruktur der Initiativen. Im Folgenden werden die beiden Hauptbereiche dieser Unterstützung näher erläutert.

2.1 Finanzielle Mittel für Räumlichkeiten

Das Modellprojekt unterstützt die Initiativen, indem es die Mietkosten für geeignete Räume übernimmt. Diese Räume dienen als "safer spaces", in denen die Initiativen ihre Gedenk-, Trauer- und Bildungsarbeit durchführen können. Bei Bedarf können diese Räume der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um die Sichtbarkeit zu erhöhen.

Die bereitgestellten Mietkosten sollen aber nicht nur mittelfristig Arbeitsstätten für die Initiativen schaffen, sondern sollen auch als Anlaufstellen und community spaces dienen. Solche Räume können das selbstbestimmte Erinnern und das aktive Gedenken fördern. Ziel ist es, die Etablierung und Festigung solcher Orte des Austauschs und des Empowerments zu unterstützen und zu bewahren. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für ihre Arbeit.

2.2 Finanzierung von technischen Geräten

Aufgrund der bereitgestellten Fördermittel können die Initiativen auch ihre technischen Ressourcen verbessern, indem sie beispielsweise Computer, Kameras, Beamer, Lautsprecher, Mikrofone, Sicherheitstechnik und andere Ausrüstung anschaffen. Dies geht mit einer Professionalisierung einher, die das Ziel des Capacity Building unterstützt und den Initiativen ermöglicht ihre Gedenk- und Bildungsarbeit effektiver zu gestalten.

3. Förderung von Vernetzung, Veranstaltungen und Outreach

Das Modellprojekt möchte die Kommunikation und den Austausch lokaler Initiativen unterstützen. Es fördert zwei offene Netzwerktreffen pro Jahr. Die Netzwerktreffen dienen dem Austausch über Arbeit und Ressourcen, bieten Fachinputs zur Unterstützung der Projektinitiativen und schaffen Anreize für externe Teilnahme. Neben dem offiziellen Programm ermöglichen sie Fallberatung, den Ausbau persönlicher Bindungen und langfristige Vernetzung. Eine Rotation der Treffen in den Städten der Initiativen fördert gegenseitige Besuche.

Durch die Vernetzung der Initiativen untereinander könnten den Initiativen, die Bildungsangebote schaffen, neue potenzielle Veranstaltungsorte erschlossen werden, sofern die Initiativen sich auch gegenseitig einladen, um von den vielfältigen Perspektiven im Projekt zu profitieren. Die verstärkte strukturelle Einbindung in fachliche Kontexte über geteilte Inhalte bei Netzwerktreffen oder auf internen Kommunikationskanälen könnte den Initiativen ermöglichen, ihre Expertise zu den Themen (struktureller) Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt weiter auszubauen, was sich positiv auf die erarbeiteten Bildungsinhalte auswirken.

Das Projekt übernimmt Reisekosten für Treffen und gegenseitige Besuche von Gedenkveranstaltungen, um den Austausch und die Solidarität zwischen den Initiativen zu fördern. Zudem werden Veranstaltungs- und Materialkosten finanziert, um die Professionalisierung und Zugänglichkeit der Angebote zu gewährleisten. Durch einen institutionalisierten Austausch mit der Staatsministerin und die Expertise der Amadeu Antonio Stiftung erhalten die Initiativen Unterstützung bei der Kontaktvermittlung und können ihre Bedarfe direkt an politische Entscheidungsträger adressieren. Außerdem werden individuelle Zugänge zur regionalen und überregionalen Presse vermittelt und begleitet.

4. Beratung und Kompetenzentwicklung

Im Sinne des Capacity Building bietet das Modellprojekt eine Vielzahl an Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten an. Die Projektleitung und die Mitarbeitenden ermitteln hierbei die Bedarfe der verschiedenen Initiativen, sammeln Ressourcen und bieten Beratung und Finanzierung zu Schulungen, Weiterbildung und Fachwissen an.

Das Modellprojekt bietet zwei Ganztages-Workshops pro Jahr an, die sowohl für geförderte als auch nicht geförderte Initiativen zugänglich sind und auf einer Bedarfsanalyse basieren.

5. Projektwebseite

Um die Sichtbarkeit zu steigern, wird im Rahmen eines partizipativen Prozesses eine Webseite für das Modellprojekt entwickelt. Diese Webseite dient als zentrale Anlaufstelle zur Bündelung der Arbeit der geförderten Initiativen.

Sie umfasst eine Chronik, sowie eine interaktive Karte und präsentiert die Initiativen und ihre Arbeit ebenso wie das Modellprojekt selbst. Darüber hinaus fungiert sie als Plattform für gemeinsam verfasste Stellungnahmen und bietet eine Übersicht sowie weiterführende Informationen für Betroffene und Interessierte.

Die Projektwebseite soll außerdem den Zugang zu den Bildungsangeboten und Materialien der verschiedenen Initiativen erleichtern, indem sie diese online stellt. Auf diese Weise können Besucher*innen der Webseite schnell und unkompliziert auf die Bildungsressourcen zugreifen und sich über die Arbeit der Initiativen informieren.

Wissenschaftliche Begleitung

Das Projekt ist insofern einzigartig und modellhaft, da es in ein neuartiges Feld bürgerschaftlichen Engagements vordringt und erprobt, welche strukturierte und systematische Unterstützung dort leisten kann, gerade auch in den teils sehr unterschiedlichen Kontexten, in denen die unterstützten Initiativen arbeiten.

Um die Ergebnisse der Projektarbeit für zukünftige Arbeiten im Feld nutzbar zu machen, wird das Projekt von Sozialforschung begleitet. Mit Hilfe von partizipativen Methoden zielt die Forschung darauf ab, gemeinsam mit den Initiativen Kriterien herauszuarbeiten, die den Erfolg des Projekts messbar machen. Dabei werden die unterschiedlichen Kontexte und strukturellen Hintergründe in die Analyse einbezogen. Anschließend werden die Ergebnisse zusammen mit Handlungsempfehlungen öffentlich gemacht.

Nachhaltigkeit

Das Modellprojekt verfolgt das Ziel, die Arbeit der lokalen Initiativen sowie des Netzwerkes nachhaltig zu stärken. Die Maßnahmen haben den strukturellen Aufbau sowie eine Professionalisierung im Blick. Durch Empowerment, neue Ressourcen, neues Wissen und Ausstattung werden die Initiativen ihre Arbeit fortführen und ihren Impact erhöhen können. Darüber hinaus ist das Modellprojekt als Maßnahme zu sehen, die bereits bestehende jahrzehntelange Arbeit der Initiativen anzuerkennen.

Nichtsdestotrotz gilt es zu reflektieren, dass die vorgesehene Projektlaufzeit von drei Jahren nicht ausreichen kann, um alle genannten Ziele zu erreichen. Das Modellprojekt erkennt an, dass es Jahre dauern kann, um diese Arbeit zu etablieren und zu festigen. Es betrachtet sich als einen ersten Schritt, auch angesichts der bestehenden Lücken in der Förderlandschaft und wird in einigen Bereichen langfristige Lösungen sowie ein Umdenken hinsichtlich des Umgangs mit Betroffenen, ihrer Arbeit und ihres Wissens fordern müssen.

Geförderte Initiativen

- Initiative 19. Februar Hanau (Hanau)
- Bildungsinitiative Ferhat Unvar (Hanau)
- TEKİEZ (Halle)
- Hillel (Halle/Berlin)
- München erinnern (München)
- Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich (Dortmund)
- Afrikanischer Kulturverein Palanca (Eberswalde)
- Archiv Lichtenhagen/ Lichtenhagen im Gedächtnis (Rostock)
- Solinger Initiative an das Gedenken an den Brandanschlag 1993 (Solingen)
- Soligruppe B Efe 09 (Kassel)
- Keupstraße ist überall (Köln)